

Ungarn angesichts der Flüchtlinge

# Testfall für die Demokratie

*Ungarn ist mit seiner abwehrenden Haltung gegenüber den Flüchtlingen stark in die Kritik geraten. Woher rührt diese Politik? Wie positionieren sich Kirche und Bevölkerung? Und was bedeuten die Entwicklungen für die postsozialistischen Länder insgesamt?* **VON ANDRÁS MÁTÉ-TÓTH**

**A**uf der Konferenz der mittel- und osteuropäischen Pastoraltheologen und Pastoraltheologinnen in Gniezno, wo Polen „geboren“ und „getauft“ wurde – berichteten jüngst polnische Teilnehmer, dass die Bischöfe ihres Landes sehr offen die Anregung von Papst *Franziskus* begrüßt und aufgenommen hätten, dass jede Pfarrei eine Flüchtlingsfamilie aufnehmen solle. Die Bevölkerung jedoch habe Angst und befürchte, dass die Migranten der einheimischen christlichen Kultur schaden würden. Ein Professor aus Tschechien teilte diese Haltung und fügte hinzu: Durch die generelle Ablehnung der Migranten in Tschechien werde erneut klar, wie homogen tschechisch Tschechien eigentlich ist. Und in den letzten Wochen ist Ungarn durch schreckliche Wortmeldungen im Internet, aber auch durch seinen Ministerpräsidenten *Viktor Orbán* und den Erzbischof von Esztergom-Budapest, Kardinal *Péter Erdő*, negativ in die europäischen Schlagzeilen geraten. Vom „Ende der Kultur“ oder dem „Ende der Demokratie und der Menschenrechte“ wurde mit Blick auf Orbán und vom „Ende des Christentums und der christlichen Solidarität“ angesichts des ungarischen Primas refrainartig kantilliert.

Mit Recht – auf den ersten Blick. Orbán hatte bereits im Februar die europäische Einwanderungsregelung kritisiert. Diese sei zu locker und verleite „zu Zuwiderhandlungen“. Er warb für eine Regelung, mit der illegal eingewanderte Personen interniert werden können, um zügig festzustellen, ob sie politische Flüchtlinge seien oder „nur“ eine bessere Lebensqualität suchten. Im letzteren Fall müssten sie dorthin zurückgeschickt werden, wo sie hergekommen sind. Die EU schreibe dagegen vor, jeden zunächst als politischen Flüchtling zu behandeln, der sich als einen solchen bezeichne, sodass er dann frei weiterreisen könne. Orbán fügte hinzu: „Aber ich denke, Österreicher oder Deutsche werden das früher oder später satthaben.“



**András Máté-Tóth** (geb. 1957), Studium der katholischen Theologie in Szeged und Wien, Promotion und Habilitation in Pastoraltheologie an der Universität Wien bei Paul Zulehner. 1996 Gründung und Leitung der Arbeitsstelle für angewandte Religionswissenschaften an der Universität Szeged, seit 1999 Vorstand des Lehrstuhls für Religionswissenschaft. Seine Hauptforschungsgebiete sind der religiöse und kirchliche Wandel in Ost-Mittel-Europa und die neuen Formen von Religiosität.

Für Ungarn bekräftigte er zudem seine Ablehnung, Einwanderung aus anderen, besonders aus islamischen Kulturkreisen zuzulassen. Er respektiere, dass Länder wie Frankreich oder Deutschland einen anderen Weg gegangen seien, fordere aber auch Respekt für die Haltung der ungarischen Regierung: „Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft.“

Diese Einstellung hat er konsequent vertreten – trotz aller Kritiken durch Politiker und Intellektuelle im In- und Ausland. Als sich die Krise dann an der ungarischen „grünen Grenze“ zuspitzte, hat er einen Stacheldrahtzaun aufstellen lassen und mit allen technischen und polizeilichen Mitteln die unkontrollierte Einwanderung aufzuhalten versucht. Dabei wurden in Ungarn alle Asylanfragen nach EU-Vorschriften geprüft und es wurde auch versucht, der Registrationspflicht nachzukommen. Einwanderungsbüros, Polizei, Gendarmerie haben inzwischen Heldenhaftes geleistet, mit bewundernswerter Nervenstärke – abgesehen von ganz seltenen Schwierigkeiten.

Wie in allen anderen direkt oder indirekt betroffenen Staaten Europas ist das Thema Migration eben nicht nur ein internationales, sondern auch ein innenpolitisches Thema. Die Stellungnahmen sind an die Wähler gerichtet. In Ungarn startete die Regierung eine Riesenplakatkampagne mit populären Parolen, wie „Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn keine Jobs wegnehmen!“ oder „Wenn du nach Ungarn kommst, musst du unsere Kultur respektieren!“ – allerdings auf Ungarisch geschrieben, der Sprache, die mit Sicherheit von keinem Migranten beherrscht wird.

Es war und bleibt für viele in Ungarn unerträglich, die kalten Worte der Regierung wie auch des Ministerpräsidenten persönlich über Migranten zu hören. Ungarn ist doch für seine Gastfreundschaft weltbekannt. Inzwischen zeigt sich allerdings, dass – je direkter und härter der An-

sturm der Migranten einzelne Staaten und Regionen trifft – Toleranz als Grundeinstellung eindeutige Grenzen auf der Handlungsebene der Politik nicht ausschließt.

Ungarn muss sich seiner Zivilgesellschaft nicht schämen. Es sind seit mehreren Monaten verschiedene Vereine und Netzwerke (am bekanntesten davon: MigSzol in Szeged und MigAid in Budapest) unter den Migranten tätig, darunter auch kirchliche Hilfswerke (Caritas, Malteser Hilfsdienst und so weiter). Obwohl die ausländischen Medien das nicht wahrnehmen, wird hier viel Solidarität und Hilfsbereitschaft gezeigt. Es mangelt dabei nie an Gütern, Geld oder personellen Ressourcen – auch wenn die Helfer im politischen Gegenwind navigieren müssen.

### Überraschende Äußerungen der Hierarchie

Zwei bischöfliche Äußerungen haben vor diesem Hintergrund besonders für Diskussionen gesorgt: einmal jene von Kardinal Erdő und die von *László Kiss-Rigó*, Bischof von Szeged-Csanád. Ersterer hat Aufsehen mit einer Stellungnahme erregt, wonach sich die Art und Weise der kirchlichen Hilfeleistung an den staatlichen Regelungen orientieren müsse. Letzterer hat in der „Washington Post“ zur aktuellen Migrationswelle Behauptungen aufgestellt, die in dieser Form für viele Katholiken in Ungarn inakzeptabel waren. Kiss-Rigó erklärte, dass der Papst „keine Ahnung“ von der Situation habe.

Die Katholiken Ungarns haben dagegen protestiert, dass ihr Bischof sich in einer solchen Form gegen den Papst stellt. Es könne unter katholischen Bischöfen Meinungsverschie-

denheiten geben, und es gebe gut bewährte Wege für ihre Austragung, aber eine öffentliche Frontalkritik gehe zu weit. Der Bischof hatte hingegen auch die Migrationspolitik der ungarischen Regierung, namentlich des Ministerpräsidenten, Viktor Orbán gelobt. Die meisten Katholiken finden es jedoch merkwürdig, dass sich der Bischof zugleich gegen den Papst und für die Regierung ausspricht, denn damit mache er die katholische Kirche zu einer Abteilung der Regierungspartei.

In der politischen Situation voller Hysterie, wie derzeit in Ungarn, sollte die Kirche eher durch eine betonte Äquidistanz ihre Glaubwürdigkeit stärken. Letztlich hatte der Bischof auch die neuerliche Migration als eine Invasion, eine Machtübernahme durch den Islam bezeichnet, wogegen sich das christliche Abendland wehren müsse – wobei die Ungarn eine heldenhafte Rolle spielen. Mit dieser Beschreibung der Migranten hat sich der Bischof der Bilder von Rechtsradikalen bedient, damit aber die Komplexität der Situation völlig ignoriert und, anstatt Solidarität zu fordern, eher Angst geschürt. Das wurde von vielen Katholiken mit Entsetzen zur Kenntnis genommen.

Trotz der langen Schatten der kommunistischen Vergangenheit und der immer noch unterentwickelten Politikfähigkeit der katholischen Kirchenleitung Ungarns vertritt Bischof Kiss-Rigó eine Extremposition. Sie wurde wiederum in der kirchlichen Öffentlichkeit eher wenig kritisiert, weil öffentliche Kritik immer noch als „Nestbeschmutzung“ gelten. Daher bleiben Entsetzen und Enttäuschung still – und der Schaden dieser und ähnlicher Äußerungen öffentlich unbemerkt und auch nicht heil-

## Aktuell

# Ökumene: ACK und Neuapostolische Kirche gehen aufeinander zu

Sie hat 350 000 Mitglieder, mehr als 1900 Gemeinden und ist die viertgrößte christliche Religionsgemeinschaft in Deutschland: die „Neuapostolische Kirche“ (NAK). Aus Sicht der etablierten christlichen Kirchen ist sie freilich keine Kirche, sondern eine „Sondergemeinschaft“. Denn die NAK vertritt eine ganze Reihe eigener Lehren, die so von keiner anderen christlichen Kirche unterstützt werden. Das gilt insbesondere für das „Entschlafenenwesen“ der NAK: Die Neuapostolische Kirche ist der Auffassung, dass der Zustand der Seelen im Jenseits zum Guten hin veränderbar sei. Deswegen können Verstorbene getauft werden und das Abendmahl empfangen – was im praktischen Gemeindeleben in speziellen Gottesdiensten geschieht, in denen die Amtsträger einer Gemeinde dann stellvertretend für die Toten kommunizieren.

In der Vergangenheit haben diese Lehren den Dialog der Ökumene mit der NAK erschwert. Doch mittlerweile gibt es Annäherungen. Mancherorts ist die NAK Gastmitglied in der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (ACK) geworden. Doch immer wieder gibt es Fragen: Wie geht man miteinander um? Was ist theologisch möglich und vertretbar, wo gibt es Trennendes zwischen den Kirchen? Die ACK hat deswegen nun auf ihrer Bundesebene eine Handreichung für die Kirchengemeinden erstellt. In insgesamt zehn Punkten gibt

dieses Papier Antworten etwa auf die Frage nach der Gültigkeit der Taufe: Seit Anfang 2006 erkennt die NAK die Taufe anderer christlicher Kirchen an, wenn sie mit Wasser und im Namen des dreieinigen Gottes vollzogen wird. Umgekehrt erkennen viele Mitgliedskirchen der ACK auch die Taufe der NAK an, weil sie auf diese Weise praktiziert wird. Deutlich gemacht wird jedoch auch, dass vollwertige Gottesdienste oder gemeinsame Segenshandlungen weiterhin nicht möglich sind – auch, weil die NAK Gottesdienste der anderen Kirchen nicht als solche akzeptiert.

Dagegen ermutigt die Orientierungshilfe zur Mitwirkung von Chören der jeweils anderen Konfession oder der Einladung von Würdenträgern der NAK zu besonderen Anlässen anderer Kirchen: „Grußworte bei solchen Gelegenheiten bieten die Möglichkeit, das wachsende ökumenische Miteinander zu würdigen.“ Der Leiter der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen in Berlin, *Reinhard Hempelmann*, erklärte auf Nachfrage, die Orientierungshilfe der ACK fasse zusammen, „was bereits gesagt und an konkreten Annäherungen vollzogen wurde.“ Gleichzeitig mache die Orientierungshilfe aber auch deutlich, dass noch weitere Schritte folgen müssten. „Auch für die NAK gilt: Der Preis der Ökumene ist der Abschied vom kirchlichen Exklusivismus.“ *Benjamin Lassiw*

bar. Immerhin: Anfang Oktober hat Weihbischof *János Székely* (Esztergom-Budapest) eine sehr sachkundige und barmherzig gestimmte Stellungnahme veröffentlicht, in der er die relevanten Stellen des Evangeliums (Lk 10,25-37 sowie Mt 25,35) und des Katechismus der Katholischen Kirche (Nr. 2241) zitiert.

Internationalen Studien zufolge stellen nicht nur praktizierende Gläubige hohe Erwartungen an die Kirche. Auch in Ungarn, wie in den meisten post-sozialistischen Gesellschaften in Ostmitteleuropa, erwarten die Menschen insgesamt, dass sich die Kirche für die Schwachen stark macht. Die Kirche soll – nach der Studie „Kirche im Aufbruch“ (2007) – die soziale Not lindern (74,6 Prozent) und die Menschen dazu erziehen, den Notleidenden zu helfen (79,2 Prozent). Die Eindeutigkeit des Evangeliums zu verkünden, wonach Christus sich mit Hungernden und Flüchtlingen identifiziert (Mt 25), ist eine Aufgabe, die die Kirche auch dann verpflichtet, wenn das Gegenteil von ihr gesellschaftlich erwartet würde. Wie diese Maxime der Menschlichkeit und Solidarität in die gesellschaftliche Praxis umgesetzt werden kann, ist strukturell keine kirchliche Aufgabe. Zeichen der Solidarität zu setzen und das Grundgesetz der Nächstenliebe mindestens modellhaft aufzuzeigen, davon kann aber keine Kirche befreit werden. In diesem Sinne äußerten sich in Ungarn viele christliche Institutionen und Bewegungen, wie die Jesuiten, die Gemeinschaft Sant’Egidio, und nicht zuletzt die Vertreter aller ungarischen Männer- und Frauenorden. Es ist zu registrieren, dass die höchsten politischen oder kirchlichen Amtsträger diesem zivilgesellschaftlichen Beispiel nur mit Zögern nachkommen.

Es zeigt sich aber auch ein hoher Nachholbedarf auf politischer und kirchlicher Ebene. Die grundlegende Einstellung zu der komplexen Situation wird auch in Ungarn durch das Begriffspaar „Migranten versus Flüchtlinge“ gekennzeichnet. Die Regierung und auch manche kirchlichen Stellungnahmen sprechen vor allem über Migranten und jene, die eine Arbeit oder eine bessere Lebensqualität suchen. Ihnen gegenüber sind Stacheldraht und ein Polizeiaufgebot moralisch nicht so eindeutig zu kritisieren, wie wenn man über Asylsuchende spricht – für die die Menschenrechte, EU-Verträge und nicht zuletzt eine christlich-humane Grundeinstellung von besonderer Bedeutung sind. Nach der heftigen Auseinandersetzung an der Südgrenze Ungarns könnte langsam eine feinere Differenzierung auch auf der Ebene der Regierungspolitik beginnen. Immerhin nehmen die populistischen Parolen ab.

Während und nach dem Zweiten Weltkrieg, als sich 1956, 1968, 1989, 1994 oder auch 2013 in den östlichen Ländern Europas tiefe politische Krisen ereigneten, kamen Flüchtlinge und wurden von Österreich, Deutschland und von vielen anderen Ländern Westeuropas großzügig aufgenommen. Diese Fremden waren europäische Fremde, mit der gleichen Hauptfarbe, und mit vielen wechselseitigen historischen Beziehungen zwischen „uns“ und „ihnen“. Die Flüchtlinge aus Syrien und dem Maghreb-Gebiet sind die wirklichen Fremden für Europa: mit anderer Hautfarbe, anderer Religion, anderer Kultur. Sie kommen aus den früheren Kolonien und wecken aus dem historischen Kollektivbewusstsein Europas

tief hinabgesunkene Schreckensbilder wie Gewissensbisse – ein Geschehen wie am Karfreitag nach dem Tod Jesu Christi, als die Verstorbenen aus den Gräbern stiegen und die Bewohner Jerusalems erschreckten.

Die aktuelle Krise stellt deshalb auch fundamentale Fragen an die europäische Kultur. Es zeigt sich erneut und jetzt drastisch verstärkt, dass Europa gar nicht mehr als eine homogene Einheit gedacht werden kann. Auf Europa lastet jetzt die Schwere der strukturellen Sünde globaler Ungerechtigkeit. Was in der Fachliteratur seit Jahrzehnten zu lesen war, leuchtet jetzt mit schockierender Klarheit auf: dass nämlich die Grenzen zwischen „uns“ und „den anderen“ nicht mehr aufgrund der alten Logiken gezogen werden können. Was Europa mit viel Mühe im Wirtschaftsleben und in der Politik erreicht hat, wird jetzt neu verteilt werden müssen. Die Gesellschaften des früheren kommunistischen Blocks sind sehr einheitlich mit Blick auf ihre großen Berührungspunkte, weil sie noch nie eine größere Zahl von Migranten mit anderer Hautfarbe gesehen haben. Mit welcher Geschwindigkeit die Umstellung auf ein anderes Europa – und auf ein anderes Christentum – nötig und möglich ist, kann noch nicht gesagt werden. Ungarn und die anderen postsozialistischen Gesellschaften stehen jedenfalls jetzt vor einem neuen Paradigma, nicht mehr vorrangig um ihre eigenen nationalen Interessen zu besorgt zu sein, sondern die globalen Konstellationen mit zu bedenken. Das ist für die Politik eine genauso große Aufgabe wie für die kirchliche Hierarchie, die das Wagnis der Evangelien riskieren muss. ■

SPD

#### DER PARTEIVORSTAND DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS SUCHT FÜR DAS WILLY-BRANDT-HAUS IN BERLIN ZUM 1. JANUAR 2016 EINEN

#### REFERENTEN (W/M) MIT SCHWERPUNKT KIRCHEN- UND RELIGIONSPOLITIK.

##### DIE AUFGABEN DER STELLE UMFASSEN:

- Fachliche Beratung und programmatische Weiterentwicklung der religionspolitischen Positionen der SPD; Beiträge zu kulturellen Debatten in der SPD
- Inhaltliche Zuarbeit für Parteivorstand, Parteitage, Wahlkämpfe (z.B. Terminvorbereitungen, Voten, Antwortentwürfe, Redeentwürfe, Begleitung von Projekten, Vorbereitung von Anträgen, inhaltliche Betreuung der Antragskommission, inhaltliche Zuarbeit Regierungsprogramm)
- Zielgruppenansprache (fachliche Unterstützung der parteiinternen Arbeitskreise, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, fachliche Netzwerkpfege, Geschäftsführung des Arbeitskreises Christinnen und Christen in der SPD)
- Konzipierung und Organisation von Veranstaltungen (insbesondere im Rahmen von Kirchen- und Katholikentagen)

##### DIE ANFORDERUNGEN DER STELLE:

- Theologisches bzw. religionswissenschaftliches Studium oder vergleichbare Qualifikation
- Ausgewiesene Expertise im Bereich Kirchen- und Religionspolitik sowie in Fragen der Ethik
- Verständnis für strategische Fragen
- Ausgeprägte kommunikative, konzeptionelle und organisatorische Fähigkeiten
- Sehr gute Fähigkeiten zur mündlichen und schriftlichen Darstellung der Arbeitsergebnisse
- EDV-Anwenderkenntnisse, insbesondere Office (sichere Anwendung von Word, Excel und Outlook)
- Teamfähigkeit, Flexibilität und Belastbarkeit
- Identifikation mit den Zielen und Werten der Sozialdemokratie und sozialdemokratischen Positionen

**Vollständige Bewerbungsunterlagen bitte bis zum 31. Oktober 2015 an:**  
SPD-Parteivorstand, Personalbüro, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin  
oder per Mail an [personalbuero.parteivorstand@spd.de](mailto:personalbuero.parteivorstand@spd.de)